

Halb Manager, halb Finanzprälat

Frankfurter Allgemeine

24. Mai 1978

Friedrich Halstenberg, Schatzmeister der SPD, fühlt sich im Kreis seiner Kollegen zu Hause / Von Helmut Herles

BONN, im Mai

Im dunklen Anzug und mit einer Effizienz signalisierenden Armbanduhr, leise und klar gegliedert in der Rede wie ein studierter Jurist, der er mit zwei Examen auch ist, eine Mischung von westdeutschem Manager und römischem Finanzprälaten, aber mit den Händen eines Handwerkers. Nach wenigen Minuten des Gesprächs fällt zweimal das Wort penibel. Dies sind die ersten Eindrücke von Professor Friedrich Halstenberg, der in der Affäre Poullain mit seinem Rücktritt als Finanzminister von Nordrhein-Westfalen das Stellvertreter-Opfer gebracht hat. Als Chef der Staatskanzlei dort hatte er einmal als möglicher Nachfolger Kühns gegolten; er hätte genausogut Professor der Jurisprudenz werden oder vollberuflich als Raumplaner arbeiten können, als der er in der Fachwelt anerkannt ist; die Technische Hochschule in Hannover berief ihn 1963 zum Lehrbeauftragten für Planungs- und Baurecht und die Universität Dortmund als Honorarprofessor. Nun ist er der neue Bundesschatzmeister der SPD.

Penibel will er sein, wenn es um die Untersuchungen in Düsseldorf im Fall Poullain geht, und penibel sei er gewesen, als er als Finanzminister die Ermittlungen wegen Finanzierungs kunststücken der CDU „weder anhielt noch beschleunigte“. Gewissermaßen über-

einstimmend mit seinen schlechten Erfahrungen mit dem Nerv vieler Dinge, dem Geld, unterstützt er den Vorschlag der Schatzmeister, künftig einen zentralen Spendenfonds der Parteien beim Bundestagspräsidenten einzurichten. Die Schatzmeister wollen Geld, wollen es aber nicht mehr als erste anfassen. Die Sorgen Halstenbergs sind größer als die anderer Parteischatzmeister. Während Karry (FDP) und Kiep (CDU) zufrieden sind, sehr hohe (Karry) und weniger hohe Schulden (Kiep) saniert zu haben, lasten auf der SPD seit der Wahlkampagne 1976 noch immer Verpflichtungen. Halstenberg reagiert auf die Frage nach Soll und Haben reserviert: „Ausgaben unterliegen nicht der Berichterstattungspflicht der Parteien.“ Die Bilanz der Einnahmen aber habe sich strukturell seit dem Hamburger Parteitag nicht geändert, sagt Halstenberg: 1976 hatte die Partei 53 Millionen Mark aus Mitgliedsbeiträgen, nahezu die gleiche Summe erzielte sie in Form von Sonderbeiträgen der Mandatsträger aus Vermögen und Spenden. Zusätzlich erhielt die SPD wie alle anderen Parteien im Bundestag Wahlkampfkostenersatzung. Daraus sind 1976 etwa 30 Millionen in die Kassen der SPD geflossen, bei weitem nicht der Betrag, den der Parteivorstand im Bundestagswahlkampf 1976 verbraucht hatte.

Das kniffligste für den neuen Schatzmeister ist die Lösung des Rechenexempels, über dem sich schon Wilhelm

Dröscher den Kopf zerbrach. Da die SPD weit mehr als die Unionsparteien (87 Prozent) von ihren Beiträgen lebt, ist sie auf Beitragsehrlichkeit angewiesen. Sie hat mit 53 Millionen Mark aus Mitgliedsbeiträgen zwar das höchste Einkommen dieser Art in der demokratischen Welt, aber fast 200 000 Mitglieder der 1-Million-Partei kleben nur die Marke für Mitglieder ohne Einkommen. Die Beitragsehrlichkeit, früher sozialdemokratische Ehrensache, läßt zu wünschen übrig. Vielleicht spiegeln sich die Verwerfungen in der Struktur einer Arbeiterpartei nach dem Eintritt der Akademiker und Studenten auch hierin wider. SPD-Geschäftsführer Bahr und Dröscher haben dies immer beklagt. Bahr sagte auf dem letzten SPD-Parteitag: „Die SPD ist heute auch darin fast perfekt Volkspartei, was das durchschnittliche Nettoeinkommen angeht. Das Durchschnittseinkommen der SPD-Mitglieder entspricht fast genau dem durchschnittlichen Einkommen der Gesamtbevölkerung. Der Schatzmeister hat das in seiner Kasse allerdings noch nicht bemerkt.“ Damit er es künftig in der Kasse merkt, erwägt Halstenberg, die Beitragsstaffel neu zu ordnen. Sie solle wirklichkeitsnäher werden. Vielleicht könnte die Bundespartei ein bißchen mehr verlangen als die 15 Prozent, die ihr jetzt aus den Gesamteinnahmen zufließen, oder es könnte durch die Festlegung absoluter Zahlen statt der Prozentanteile mehr Geld in die Bundeskasse der SPD kommen.

Auf Halstenberg liegt eine schwere Last. Er hat es in der SPD nicht leicht, den immer noch präsenten Altschatzmeister Nau zu ersetzen oder Dröscher vergessen zu machen, der sich in seiner Arbeit so zerrieb, daß er kurz vor der Abgabe seines Berichts auf dem letzten Parteitag in Hamburg starb. Halstenberg kann noch nicht ungeteilt bei seinem mehr als die volle Arbeitskraft eines Mannes fordernden Bonner Amt sein. Noch ist er Landtagsabgeordneter in Düsseldorf in einer fragilen Koalition, wo an manchen Tagen alle Mann „an Deck“ sein müssen. Noch wehrt er sich in der Affäre Poullain. Zur Frage, ob er auch als FDP-Minister zurückgetreten wäre, verweigert er mit einiger Bitterkeit den Kommentar. Auch er kennt das Bonner Wort, daß zur Zeit der Koalition zuliebe nur Sozialdemokraten zurücktreten dürfen. Aber im Kreis der Schatzmeister der Parteien fühlt er sich, dem keiner persönliches Fehl in der Poullain-Affäre vorwirft, menschlich und politisch offenbar schon zu Hause. Karry und Kiep kennt er von Landesministerkonferenzen. Mit CSU-Schatzmeister Spilker verbindet ihn Landsmannschaftliches. Beide stammen aus dem ostwestfälischen Oeynhausen und sind beinahe gleichaltrig. Halstenberg vom Jahrgang 1920, sein CSU-Kollege von 1921. Unter der neuen Bürde wird er wohl seltener für seine privaten Liebhabereien Zeit finden: die Handwerkerei und das Segeln.

SPD